

Nachhaltige Investitionen in Wissenschaft und Forschung

Rede im Landtag von Baden-Württemberg – 14. Wahlperiode – 68. Sitzung – Mittwoch, 17. Juni 2009

Aktuelle Debatte – Mit nachhaltigen Investitionen in Wissenschaft und Forschung:
Zukunftschancen sichern – beantragt von der Fraktion der CDU

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen wir nicht ängstlich handeln, sondern müssen mit Mut und Augenmaß alles dafür tun, gestärkt aus dieser Krise herauszukommen.

Investitionen in Bildung, Investitionen in Forschung, in junge Köpfe, in die Innovationskraft unseres Landes gehören an die erste Stelle, um die Zukunft unseres Landes nachhaltig zu sichern.

Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass Bund und Länder sich vor wenigen Tagen, am 4. Juni, auf drei Sonderprogramme zur Stärkung von Bildung und Forschung in Deutschland bis zum Jahr 2019 geeinigt haben, konkret auf die Fortführung der Exzellenzinitiative, auf den Pakt für Forschung und Innovation und auf den Hochschulpakt II. Das bedeutet 18 Milliarden € zusätzlich für Bildung und Wissenschaft bis zum Jahr 2019.

Monatelang haben die Wissenschaftsminister mit den Finanzministern, insbesondere mit dem Bundesfinanzminister, verhandelt und gerungen. Am Ende waren auch die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin beteiligt. Einer, der von Anfang an als Verhandlungsführer der A-Länder maßgeblichen Anteil am Zustandekommen dieser drei Vereinbarungen hatte, ist unser Minister Professor Frankenberg, dem ich hier namens der CDU-Fraktion sehr herzlich danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut! Das hat er verdient!)

Mit den drei vereinbarten Sonderprogrammen ist ein wahrer finanzieller Kraftakt verbunden; das wissen wir. Aber dieser Kraftakt ist notwendig, damit wir national, aber auch bei uns in Baden-Württemberg in Wissenschaft und Forschung weiter vorankommen. Besonders freuen kann uns, dass diese drei Sonderprogramme speziell unser Land zusätzlich stärken.

Erstens: Stichwort Exzellenzinitiative. Die Spitzenforschung an den Universitäten, an den Hochschulen erhält mit der Exzellenzinitiative II – Fortsetzung bis 2017 – eine verlässliche Perspektive. Von 2013 bis 2017 wird sie mit einem Fördervolumen von 2,7 Milliarden € fortgeführt. Davon trägt der Bund 75 % und das Land 25 %. Unsere Hochschulen haben schon im jetzt abgelaufenen Wettbewerb, also in der jetzigen Periode, unglaublich von diesem Programm profitiert. Von den neun Eliteuniversitäten in Deutschland sind vier Universitäten in Baden-Württemberg. Wir haben überproportional Mittel in unser Land geholt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deswegen hatten wir auch ein besonderes Interesse an der Fortführung dieses Programms. Der Rahmen wurde erweitert. Wir haben zum nächsten Entscheidungszeitpunkt, wahrscheinlich Sommer 2012, die Möglichkeit, dass noch zusätzliche Universitäten aus Baden-Württemberg aufgenommen werden.

Ein entscheidender Erfolg in diesem Zusammenhang ist, dass die Kriterien der Exzellenzinitiative nicht aufgeweicht wurden. Da gab es Tendenzen im Sinne eines „regionalpolitischen“ Ausgleichs in Deutschland. Die Qualitätskriterien sind erhalten geblieben. Damit ist das ein Erfolg für uns in Baden-Württemberg, für unsere Universitäten, die damit sehr, sehr gute Chancen haben.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt: der Pakt für Forschung und Innovation, das zweite Sonderprogramm. Dieser Pakt versetzt unsere Wissenschaftsorganisation in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg in die Lage, strategisch, langfristig und erfolgreich weiterzuarbeiten. Im Sommer 2008 – wir erinnern uns – haben sich die Wissenschaftsminister auf die Inhalte geeinigt. Jetzt ging es um die finanziellen Rahmenbedingungen. Vereinbart sind 5 % kontinuierliche Steigerung und zusätzliche Mittel für Neugründungen und Änderungen, um auch bei steigenden Kosten eine dynamische Weiterentwicklung zu garantieren. Einbezogen sind die Fraunhofer-, die Helmholtz-, die Max-Planck-Institute, die Leibniz-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Wer sich in der Wissenschaftslandschaft auskennt, weiß, dass wir – in Abweichung vom Königsteiner Schlüssel – relativ gesehen mehr Forschungsinstitute in Baden-Württemberg haben. Das heißt, wir werden als Baden-Württemberger von diesem gemeinsam vereinbarten Programm überdurchschnittlich profitieren. Das ist gut für Baden-Württemberg.

Dritter Punkt: Hochschulpakt II. Wir haben die Periode von 2015 bis 2020 bereits vereinbart. Jetzt wurde mit dem Hochschulpakt II bereits für die Jahre 2020 bis 2025 Stabilität gegeben. Wir werden die geburtenstarken Jahrgänge in Deutschland damit bewältigen können. Wir wollen zusätzlich 275.000 Studienanfängern einen hochwertigen Studienplatz anbieten.

Man kann hinzufügen, dass dieses Programm uns in Baden-Württemberg nicht überrascht hat, sondern eigentlich zu dem hinzugekommen ist, was wir mit dem Hochschulausbauprogramm 2012 schon begonnen haben. Wir hatten ja schon 2006 begonnen, zusätzliche Plätze aufzubauen. Das läuft planmäßig. Wir haben jetzt 8 500 von den 16 000 vorgesehenen Plätzen eingerichtet. Wenn man das pro Jahr hochrechnet, werden wir am Ende 80 000 zusätzlichen Studienanwärtern die Möglichkeit geben, in Baden-Württemberg ein gutes Angebot wahrzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese drei Programme stärken uns in Baden-Württemberg und stärken uns auch national in einer schwierigen Zeit.

Abschließend: Bei allen Zahlen, die wichtig sind, auch den Haushaltszahlen, gibt es eine Zahl, die uns besonders freuen kann und die auch am verlässlichsten deutlich macht, dass die Studierenden – die Basis – mit unseren Universitäten zufrieden sind. Denn im Vergleich zum Vorjahr haben wir eine Steigerung der Studienanfängerzahl an unseren Universitäten um 10 %. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu dem, was früher immer wieder behauptet wurde. Das heißt, die Abstimmung mit den Füßen stärkt die Universitäten auch in der Umsetzung von Bachelor und Master, auch wenn es noch Umsetzungsherausforderungen gibt, Frau Kollegin Bauer. Ich glaube, dass dies einfach ein objektiver Maßstab ist, der zeigt, dass wir in Baden-Württemberg auf einem guten Weg sind.

Mit der Vereinbarung vom 4. Juni wird der Standort Baden-Württemberg gestärkt. Unsere Aufgabe wird es sein, die vereinbarten Schwerpunkte in den kommenden Haushalten zu verankern. Das meiste ist in der mittelfristigen Finanzplanung schon enthalten. Es gibt nur wenige Posten, die wir noch zusätzlich stemmen müssen. Das werden wir gemeinsam tun. Die CDU-Fraktion ist dazu bereit, weil wir der Überzeugung sind, dass Baden-Württemberg mit Forschung, Bildung und Innovation weiter vorankommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Landtag von Baden-Württemberg – 14. Wahlperiode – 68. Sitzung – Mittwoch, 17. Juni 2009, S.
4897 f.